

Die gegenwärtige Parteienlandschaft in der Ukraine

Ott, Alexander

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Ott, A. (1996). *Die gegenwärtige Parteienlandschaft in der Ukraine*. (Aktuelle Analysen / BIOst, 4/1996). Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-46005>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Die gegenwärtige Parteienlandschaft in der Ukraine

Zusammenfassung

Auch 1995 wurde das Gesetz über die politischen Parteien nicht verabschiedet. Dies verlangsamte die Entwicklung eines stabilen Mehrparteiensystems in der Ukraine. Das Fehlen einer "civil society" und der Mittelklasse trägt dazu bei, daß die politischen Parteien keinen großen Rückhalt in der Bevölkerung haben und sehr labil sind. Die meisten der über 30 politischen Parteien in der Ukraine bleiben Pseudoparteien, die von der Persönlichkeit eines Führers stark abhängig sind. Die Parteien ähneln Bürgervereinigungen, die wenig Einfluß auf die Politik haben. Die Suche nach einem Profil geht weiter. Immer wieder entstehen neue politische Vereinigungen und Blöcke. Der neue Gesetzentwurf über die politischen Parteien sieht unter anderem vor, daß die Parteien nur als gesamtukrainische Vereinigungen zugelassen werden. Diese Regelung wird vor allem das politische Überleben der Krim-Parteien in Frage stellen. Auch werden die Verbote aufgehoben, die die Mitgliedschaft für bestimmte Berufe (Richter, Miliz usw.) nicht erlauben. Die politischen Parteien, die im Parlament vertreten sind, sollen voraussichtlich aus dem Staatsbudget proportional finanziert werden. Ihre Vertreter im Parlament sollen das Recht der Gesetzesinitiative bekommen.

Die Linken

Die KPU befindet sich in Opposition zur Regierung und zum Präsidenten, der ihrer Auffassung nach einen volksfeindlichen Kurs steuert. Im Sommer 1995 trat die KPU dem Bund der Kommunistischen

Parteien (BKP-KPdSU) bei, denn die Partei befürwortet die Wiederherstellung des "Bundes der Bruder-völker" bei Erhaltung der Souveränität der Mitgliedsstaaten. Mitte März 1995 fand der II. (XXX.) Parteitag der KPU statt, an dem 390 Delegierte teilnahmen, und auf dem das neue Programm verabschiedet wurde. Die Stichworte des neuen Programms lauten: "Sowjets, Sozialismus, Union".¹ Die Strategie der KPU sieht verschiedene Etappen vor. Die erste Etappe: Liquidierung des "volksfeindlichen Regimes" mit revolutionären Mitteln wie Streiks, Massendemonstrationen und Protestaktionen. Die zweite Etappe: "Liquidierung der Hinterlassenschaft der Konterrevolution" durch Festigung des sozialistischen Eigentums. Die dritte Etappe: Aufbau der entwickelten sozialistischen Gesellschaft. Die KPU korrigierte ihre Position hinsichtlich der russischen Sprache: sie soll nicht mehr Staatssprache werden, sondern nur Amtssprache sein. In der Frage nach dem Amt des Präsidenten strebt die KPU nach wie vor die Abschaffung dieses Amtes an.

In der Sozialistischen Partei der Ukraine (SPU) verschärft sich der Streit um die Strategie der Partei und um ihr Verhältnis zur Regierung und zum Präsidenten. In der Partei bekämpfen sich zwei Strömungen: die prokommunistische und die sozialdemokratische. Im Dezember 1995 wurden die beiden Parlaments-abgeordneten V. Marèenko und N. Vitrenko aus der Politführung der Partei ausgeschlossen. Der Grund dafür war ihre Kritik am Parteivorsitzenden und Parlamentsprecher O. Moroz und Fraktionschef I. Èiž, die angeblich zu viele Kompromisse mit der Regierung geschlossen hätten. Auch bei der Annahme des Verfassungsvertrags im Sommer 1995 habe Parlamentsprecher O. Moroz, der die "goldene Mitte" suche, zu viel Kompromißbereitschaft gezeigt. Ob es Moroz auch weiterhin gelingen wird, einerseits Chef der Partei zu bleiben, die sich in der Opposition zum Präsidentenkurs befindet, andererseits die Legislative zu leiten, die diesen Kurs mit entsprechenden Gesetzen absichern soll, ist sehr fraglich. Wohin wird sich die Sozialistische Partei in Zukunft entwickeln?

Mitte März 1995 fand in Donec'k der II. Parteitag der Partei der Slawischen Einheit der Ukraine (PSEU) statt. Die Delegierten repräsentierten die Parteiorganisationen aus 14 Gebieten der Ukraine. Unter den Gästen waren Vertreter des Russischen Nationalen Kongresses (Sobor), des Kongresses der friedliebenden Kräfte, des Bürgerkongresses der Ukraine (BKU), der SPU und der KPU. Der Vorsit-zende der PSEU, I. Karpenko, äußerte sich besorgt über die Aktivitäten der islamischen Staaten auf dem Territorium der slawischen Länder. Seiner Meinung nach bilden nicht nur drei Nationen - Russen, Ukrainer und Weißrussen - die Ostslawen, sondern vier Nationen. Es gebe noch eine Nation, die "Rusièi", die 46% aller Ostslawen ausmache und aus denjenigen bestehe, deren Eltern zwei der drei ostslawischen Nationen angehören. Die PSEU strebt die doppelte Staatsbürgerschaft und Zwei-sprachigkeit an.²

Der Bürgerkongreß der Ukraine (BKU) ist in Opposition zum Präsidenten gegangen, weil sich die Mehrheit der Partei wegen Kuèmas Politik, die die Politik von Kravèuk wiederhole, betrogen fühlt. Der BKU unterstützt das Sammeln von Unterschriften für ein Referendum über eine wirtschaftliche, politische und militärische Union zwischen Rußland, Weißrußland, der Ukraine und Kasachstan. Von der Wiederherstellung der Sowjetunion könne keine Rede sein, zur Integration mit Rußland gebe es aber keine Alternative. Der BKU kritisierte scharf den Verfassungsvertrag zwischen Parlament und Präsident und forderte den Rücktritt des Präsidenten und die Selbstauflösung des Parlaments.³

Am 1. März 1995 fand in Donec'k ein Kongreß friedliebender Kräfte statt, der von den linken und zentristischen Parteien organisiert wurde. 766 Delegierte von 38 Parteien und Bewegungen verfaßten dort unter anderem einen Appell an den ukrainischen Präsidenten, in dem er aufgerufen wurde, die Belovež-Verträge über die Auflösung der Sowjetunion rückgängig zu machen. Sie bekräftigten die Beschlüsse des ersten Allukrainischen Kongresses friedliebender Kräfte, der am 21. Januar 1995 in Dnipropetrovs'k stattfand.⁴

¹ Kievskie vedomosti, 14.3.1995, S. 3.

² Kievskie vedomosti, 14.3.1995, S. 3.

³ Kievskie vedomosti, 9.6.1995, S. 3.

⁴ Kievskie vedomosti, 2.3.1995, S. 3.

Breite Schichten der ukrainischen Bevölkerung fühlen sich durch die schon existierenden Parteien nicht repräsentiert. Im Oktober 1995 wurde eine neue Vereinigung vom Justizministerium registriert - der Allukrainische Arbeiterbund (AAB). Das Ziel der Organisation ist die "Konsolidierung der Arbeiterbewegung für die Durchsetzung der ökonomischen, politischen und sozialen Interessen der Arbeitnehmer". Der AAB tritt für staatliche Planwirtschaft, strikte Preisregulierung und Gründung einer einheitlichen Staatsbank ein, die alle Finanzen im Land kontrolliert. Die Schaffung einer neuen wirtschaftlichen, politischen und militärischen Union mit den GUS-Staaten und vor allem mit Rußland ist eines der Ziele der Vereinigung.¹

Das Zentrum

Im Jahr 1995 hat sich die Herausbildung zweier zentristischer Blöcke - eines sozialdemokratischen und eines liberalen - fortgesetzt.

Ende Januar 1995 wurde eine neue Partei, die Vereinigte Sozialdemokratische Partei (VSDPU), auf der Basis der Ukrainischen Partei der Gerechtigkeit (UPdG, Vorsitzender: M. Hreëka), der Partei der Menschenrechte (PMR, Vorsitzender: V. Onopenko) und Teilen der alten SDPU - unter Führung von V. Zbitnev - gegründet.² Die neue Partei tritt für Marktwirtschaft und staatliche Unabhängigkeit der Ukraine, für klare Gewaltenteilung und eine föderale Staatsstruktur ein. Am 28. Februar 1995 erhielt die VSDPU unter Vorsitz des damaligen Justizministers V. Onopenko die Registrationsurkunde im Justizministerium der Ukraine. Die Anhänger einer anderen Sozialdemokratischen Partei der Ukraine unter Führung des Parlamentsabgeordneten Ju. Buzdugan sowie der Ukrainischen Partei der Gerechtigkeit, die abgelehnt hatten, der neuen Partei V. Onopenkos beizutreten, haben Protest eingelegt. Die parlamentarische Kommission für Gesetzgebung und Gerichts- und Rechtsreform hat die Beschwerde dieser Parteien angenommen und die Gründung der VSDPU als "illegitim" bezeichnet. Dem Beschluß der Kommission zufolge soll die Zulassung der VSDPU rückgängig gemacht werden. M. Hreëka wurde aus der Partei der Gerechtigkeit ausgeschlossen, weil er keine Vollmachten für die Fusion hatte.

Die zentristische Vereinigung der Politiker und Unternehmer für Reformen "Neue Ukraine" (NU) - einst von L. Kuëma, V. Hrin'ev, V. Filenko, V. Lanovyj, O. Emec u.a. gegründet - sammelt nach einer Periode der Bedeutungslosigkeit ihre Kräfte neu. Ende Juni 1995 fand in Kiev der IV. Parteitag der gesellschaftspolitischen Vereinigung "NU" statt, der die tiefe Krise beendete. Kurz vor dem Parteitag haben die Sozialdemokratische und die Konstitutionell-Demokratische Partei die Vereinigung verlassen. Die 145 Delegierten stimmten darin überein, daß sich die "NU" in Zukunft aus einer Vereinigung in eine zentristische politische Partei verwandeln werde, die den Präsidenten und seinen Reformkurs unterstützt. Kuëma hat nicht nur ein Begrüßungstelegramm an den Parteitag geschickt, sondern auch eine Delegation der "NU" empfangen und die Ziele der Vereinigung gebilligt. Diese Ziele hat der Parteitag neu formuliert. Die "Neue Ukraine" strich die Forderung nach Föderalismus aus ihrem Programm und tritt jetzt für den unitaren Staat ein. Sie verzichtete auf Zweisprachigkeit und erkennt jetzt lediglich Ukrainisch als Staatssprache an.

Im Unterschied zur SDPU, die klassische sozialdemokratische Positionen vertritt, beschlossen der Arbeitskongreß der Ukraine (AKU) und die Partei der Demokratischen Wiedergeburt der Ukraine (PDWU) noch Ende Januar 1995 eine konföderative Vereinigung auf sozial-liberalen Grundlagen. Der politische Block AKU-PDWU, der den Kern der "NU" bildet, tritt für die präsidial-parlamentarische Staatsform und die Beschleunigung der Reformen ein. Ins Präsidium der Vereinigung wurden gewählt: der Vize-Vorsitzende der Verchovna Rada O. D'omin, der damalige erste Berater des Präsidenten O. Rasumkov, der ehemalige Berater des Präsidenten für Fragen der Makroökonomie O. Halëinski, der Minister V. Pustovojtenko, der kommissarische Vize-Premier V. Pinsenik, der Vorsitzende des Komitees für Staatseigentum Ju. Echanurov und andere Politiker, was die Entstehung einer neuen "Partei der

¹ Urjadovyj kur'er, 24.10.1995, S. 1.

² Kievskie vedomosti, 24.1.1995, S. 3.

Macht" vermuten läßt. Die "Neue Ukraine", die außer AKU und PDWU auch die Liberal-Demokratische Partei der Ukraine (LDPU) vereinigt, will bei der Unterstützung des Präsidenten mit dem Interregionalen Reformblock von Hrin'ev zusammenarbeiten. Der Vorsitzende der "NU", der Bürgermeister von Charkiv E. Kušnar'ev, und seine Stellvertreter V. Filenko (PDWU) und A. Matvienko (AKU) wollen in Zukunft eine eigene Fraktion im Parlament bilden.

V. Hrin'ev, der ehemalige Leiter des Koordinationsrates der "NU", ist mit dem Ziel zurückgetreten, sich ganz der neuen Partei "Interregionaler Reformblock" (IRB) zu widmen. Der IRB, der Anfang Februar 1995 als Partei registriert wurde, tritt für eine enge Zusammenarbeit mit den Demokraten Rußlands auf der Basis von politischen und wirtschaftlichen Reformen sowie gegen eine Restauration der Sowjetunion ein. Der IRB unterstützt den Reformkurs des Präsidenten und will zur Durchsetzung der Marktwirtschaft und der offenen bürgerlichen Gesellschaft beitragen.

Die Liberale Partei der Ukraine (LPU) vertritt liberal-konservative Positionen und sieht sich als Partei des Mittelstands, die Klein- und Mittelunternehmertum unterstützt. Die Partei bekennt sich zu den Grundlagen des klassischen Liberalismus, fordert das bedingungslose Primat des Privateigentums und Priorität der Menschenrechte. Das bestätigte der II. Parteitag der LPU, der Ende Januar 1995 in Kiev stattfand. Der Parteitag wählte den stellvertretenden Direktor des Instituts für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen in Kiev, O. Soskin, zum Vorsitzenden der LPU. Damit schien die Krise in der Partei überwunden zu sein. Der neue Parteichef plädierte für eine europäische Orientierung und nicht für eine auf die GUS ausgerichtete ukrainische Politik. Drei Monate später legte O. Soskin den Posten des Präsidenten der Partei nieder, nach zwei weiteren Monaten trat er aus der Partei aus. Der Grund waren die Meinungsunterschiede zwischen dem "rechten" Präsidenten und der "linken" Mehrheit der Parteiführung um V. Lanovyj hinsichtlich des programmatischen Dokuments "Liberalismus im Spiegel der ukrainischen Wirklichkeit", in dem die LPU als zentristische Partei bezeichnet wird. Soskin zufolge muß die LPU eine rechtszentristische Partei sein, die sich auf die orthodoxe Kirche und nationale Ideen stützt. Soskin ist der Meinung, daß das Verhältnis der Partei zu den christlichen Werten, vor allem zur Orthodoxie, unklar definiert sei und die Rolle des Nationalismus unterschätzt werde. "Jeder Bürger der Ukraine muß ein Patriot sein und folglich ein Nationalist."¹

V. Lanovyj ist inzwischen aus der parlamentarischen Fraktion "Reformen" ausgetreten, da sein Vorhaben, diese Fraktion mit der LPU zu vereinigen, gescheitert war. Im November hat V. Lanovyj auch den politischen Rat der LPU verlassen. Die liberale Fraktion besteht schon aus 20 Abgeordneten (12 von ihnen sind Mitglieder der LPU). Zehn weitere Deputierte beabsichtigen, dieser Fraktion beizutreten.²

Am 6. Oktober 1995 fand in Simferopol' auf der Krim die feierliche Unterzeichnung des Vereinigungsvertrags zwischen der LPU und der Partei der Wirtschaftlichen Wiedergeburt der Krim (PWWK) statt. Dieses Ereignis überraschte viele Beobachter, weil die LPU auf dem II. Parteitag im Januar 1995 erklärt hatte, daß sie mit keiner Partei eine Vereinigung suche, aber bereit sei, in konkreten Fragen mit den anderen Parteien zu kooperieren. Außerdem betrachtet sich die LPU als Partei der neuen, zahlenmäßig relativ schwachen Klasse der Unternehmer und Eigentümer. Die PWWK erklärt sich zur Partei sozialdemokratischer Orientierung und erhofft sich die Unterstützung unterschiedlicher Bevölkerungsschichten. Der Vorsitzende des Politischen Rates der PWWK V. Šev'ov begründete die Vereinigung mit dem Argument, daß die LPU genauso wie seine Partei wirtschaftliche Reformen unterstütze. V. Lanovyj, der für die LPU den Vereinigungsvertrag unterschrieb, äußerte vorsichtig, daß die neue Partei noch keinen neuen Namen und keine neue Führung habe und lediglich ein Bund aus zwei Parteien bleibe.³

Die Ukrainische Konstitutionell-Demokratische Partei (UKDP) kritisierte die Beschlüsse des ukrainischen Parlaments, wonach die Krim-Verfassung außer Kraft gesetzt und Krim-Präsident Ju. Meskov abgesetzt worden war. Das Ziel der Partei - die Erhaltung der Einheit der Ukraine - kann nicht mit

¹ Kievskie vedomosti, 4.7.1995, S. 3.

² Kievskie vedomosti, 24.5.1995, S. 3.

³ Pravda Ukrainy, 10.10.1995, S. 1.

unangemessenen Mitteln erreicht werden. Die UKDP befürwortete eine gewaltfreie Lösung der Krim-Krise auf dem Weg von Verhandlungen. Der Vorsitzende der UKDP V. Zolotar'ov und der Vorsitzende der Partei "Interregionaler Reformblock", der Präsidentenberater für Fragen der Regionalpolitik V. Hrin'ev, unterschrieben im Dezember 1995 eine Vereinbarung über ein gemeinsames Vorgehen bei den nächsten Wahlen.

Die Partei der Grünen der Ukraine (PG) feierte ihr 5jähriges Bestehen auf dem V. Parteitag Mitte Oktober 1995. Die Partei unterstützt die baldige Annahme einer neuen Verfassung und hofft auf die Verabschiedung eines neuen Wahlgesetzes, wonach die Hälfte der Abgeordneten des künftigen Parlaments nach Parteilisten gewählt wird. Die Partei führt einen internen Kampf mit der Schwesterorganisation "Grüne Welt" um Räumlichkeiten und das Recht, die ökologische Bewegung der Ukraine allein zu repräsentieren.

Die National-Demokraten

Nachdem die National-Demokraten ihr gemeinsames Ziel - die Unabhängigkeit der Ukraine - erreicht haben, sind sie seit vier Jahren gespalten und haben an Popularität verloren. Ihre Führer L. Luk'janenko, V. Ėornivil, M. Horin', S. Hmara, I. Juchnovskij können keine gemeinsame politische Sprache finden.

Die "rechtszentristische Mehrheit" im Parlament ist wegen des Antagonismus zwischen der Partei Ruch und der URP einerseits, der Ruch und dem IRB andererseits instabil. Der Mythos von der "rechtszentristischen Mehrheit" im Parlament bietet den Linken die Möglichkeit, von Opposition zu sprechen, obwohl sie in mehreren Regionen de facto an der Macht sind und den Parlamentspräsidenten stellen.

Die einst einflußreichste politische Kraft in der Ukraine - Ruch - hat am stärksten an Popularität eingebüßt. Die Partei von V. Ėornivil läuft Gefahr, in die Isolation zu geraten. Die Beziehungen zu ehemals "verwandten" Parteien wie dem Kongreß der ukrainischen Nationalisten (KUN), der Konservativen Republikanischen Partei (UKRP) und der Republikanischen Partei (URP) sind gestört. Ruch sucht jetzt neue Partner in der politischen Mitte, z.B. die "Neue Ukraine".

Zur Erneuerung der Partei und zum Überdenken ihrer Rolle beim Aufbau eines unabhängigen ukrainischen Staates hat der VI. Parteitag der URP beigetragen, der Ende Oktober 1995 in Kiev stattfand. Auf diesem Parteitag kam es auch zu personellen Veränderungen. Zum Parteivorsitzenden wurde der Parlamentsabgeordnete B. Jarošinskij und zu seinem Stellvertreter der Chef der Gebietsorganisation der Partei in L'viv O. Pavlyšin gewählt. Die renommierten Politiker L. Luk'janenko und M. Horin' bleiben als Ehrenvorsitzende Aushängeschilder der Partei. Die Partei befindet sich nach wie vor in Opposition zu den "Machtstrukturen" und beabsichtigt, neue Freunde zu suchen, um in Zukunft einen Block der national-demokratischen Kräfte zu bilden. Das Komplexprogramm "Zur Konsolidierung der ukrainischen Nation" beinhaltet in seinem ökonomischen Teil die Schaffung eines Unternehmertums, die Senkung der Steuern, die forcierte Privatisierung und die strukturelle Umgestaltung der gesamten Wirtschaft.¹

Der erste Präsident der Ukraine L. Kravèuk gründete im Januar 1995 eine neue gesellschaftlich-politische Organisation mit dem Ziel, die Unabhängigkeit der Ukraine zu festigen und die Reformen und die Entwicklung der Demokratie zu fördern.² Als Vorsitzender der Allukrainischen Vereinigung "Porozuminnja" (Eintracht) will Kravèuk nicht um die Macht kämpfen, sondern die Machthabenden kontrollieren. Die Annahme des "Gesetzes über die Macht" ohne das "Gesetz über Menschenrechte" könne die Demokratie gefährden. Die Vereinigung des ehemaligen Präsidenten hat schon 12.000 Mitglieder, darunter neun Volksdeputierte.

¹ Pravda Ukrainy, 24.10.1995, S. 1.

² Kievskie vedomosti, 13.1.1995, S. 1.

Die Ultra-Rechten

Der rechtsextremen Ukrainischen Nationalen Vereinigung (UNA), die erst am 29. Dezember 1994 vom Justizministerium offiziell registriert wurde, ist die Zulassung schon 8 Monate später (am 7. September 1995) wieder entzogen worden.³ Als offizieller Grund dafür wurde angegeben, daß in der Mitgliederliste, die zur Registrierung eingereicht worden war, auch Namen von Personen standen, die entweder schon verstorben waren oder überhaupt nichts mit der Partei zu tun hatten. Auf der Liste standen auch die Namen von Kriminellen, die zum Zeitpunkt der Registrierung in Gefängnissen saßen. Inoffizieller Grund dafür war die aktive Beteiligung der UNA und ihrer paramilitärischen Gruppierung UNSO an

³ Pravda Ukrainy, 12.9.1995, S. 1.

den blutigen Schlägereien mit den Sicherheitskräften, die sich während der Beisetzung des Patriarchen der Ukrainischen Orthodoxen Kirche (Kiever Patriarchat) Volodymyr am 18. Juli 1995 in Kiev ereignet hatten. Fast den ganzen September über protestierten die Mitglieder der UNA gegen das Verbot mit Hungerstreik, die Wiederzulassung konnten sie aber nicht erreichen.

Die Sozial-Nationale Partei der Ukraine (SNPU), die schon vier Jahre existiert, wurde erst Ende 1995 vom Justizministerium registriert. Wie der Vorsitzende der SNPU Ja. Andruskiv erklärte, stütze sich die Partei auf die Ideologie der "Ethnoökonomie", der zufolge die Ökonomie der Volksqualität entspräche. Die engen Beziehungen der Ukraine zu Rußland seien gefährlich, weil Rußland nichteuropäische Verhaltensstandards verbreite. Die SNPU kritisiert auch die westliche Demokratie wegen ihrer egoistischen Werte. Die Menschenrechte hätten keine Priorität gegenüber den Volksrechten. Angesichts der totalen Degradierung der Menschheit habe die Ukraine eine besondere Mission zu erfüllen, um die "verfallene" weiße Rasse zu retten.¹

Alexander Ott

¹ Nezavisimaja gazeta, 28.12.1995, S. 3.